



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

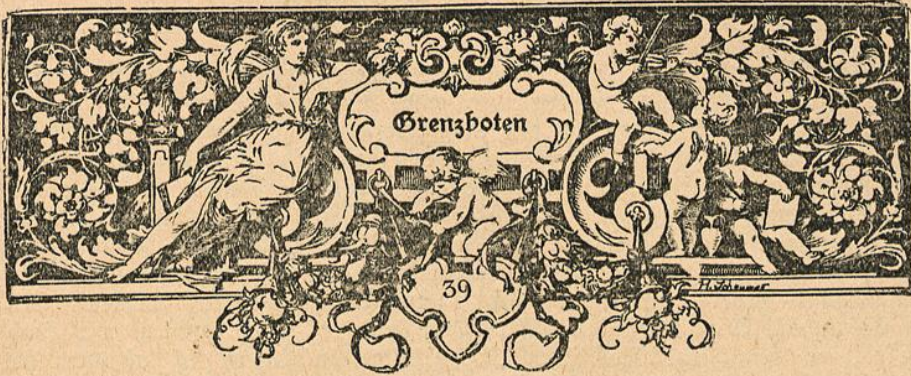
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hartung, Fritz: Zusammenbruch und Wiederaufbau

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zusammenbruch und Wiederaufbau

Von Professor Dr. Fritz Hartung



aß das alte Deutschland zusammengebrochen ist, darüber braucht man heute nicht mehr viele Worte zu machen. Politisch, wirtschaftlich, moralisch stehen wir vor dem Ruin; wieder wie einst im Jahre 1806 könnte heute eine Broschüre geschrieben werden über Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung. Die Hoffnungen, die die Sozialdemokratie auf die Revolution gesetzt hat, sind nicht erfüllt worden. Nicht nur das Ausland hat sie enttäuscht, indem es uns statt des Verständigungsfriedens den Versailler Frieden diktiert hat, auch das eigene Volk beweist nicht die politische Reife, die ihm zugetraut worden ist. Für uns, die wir an Weltgewissen und Völkerverbrüderung nie geglaubt, die wir die einseitige Betonung der inneren Politik und in dieser die einseitige Klassenpolitik der Sozialdemokratie stets bekämpft haben, wäre es leicht, uns mit einer gewissen Schadenfreude von der Not unseres Volkes abzuwenden, uns darauf zu berufen, daß wir die unerbittliche Notwendigkeit der Bewahrung unserer Macht immer betont haben, und es den heute regierenden Parteien zu überlassen, die Dinge besser zu machen als das von ihnen geschmähte alte Regierungssystem.

Aber nicht nur zur hämischen Schadenfreude, auch zur müden Resignation ist die Lage zu ernst. Deutschlands Erneuerung ist die Aufgabe, die uns gestellt ist; an ihr müssen wir alle mit allen unseren Kräften mitarbeiten. Gerade wer sich als Gegner des heutigen Regimes fühlt, wer brennende Scham darüber empfindet, daß Dilettanten und Demagogen den letzten Rest von Bismarcks Erbe verwirtschaften, gerade der hat die Pflicht, nicht bloß über die Schlechtigkeit der Zeit und der Menschen zu klagen, sondern am Wiederaufbau Hand anzulegen.

Freilich ist die Lage so trostlos, daß der Zweifel wohl entstehen kann, ob wir überhaupt noch die Kraft haben werden, uns dereinst zu erheben. Mag auch manches als Nervenzusammenbruch nach vierjährigen Entbehrungen und als Revolutionspsychose zu erklären sein, so treten doch auch manche alte Charakterfehler des Deutschen in dieser Krise häßlich zutage, vor allem die gehässige Tadelsucht, die alle Schuld auf den Nächsten abzuwälzen sich bestrebt, und der Hang nach Freiheit, nach „Libertät“, wie es früher hieß, der lieber

dem Feind sich unterwirft, als die geordnete Herrschaft des Deutschen erträgt. Dieser deutschen Erbfehler werden wir wohl nie ganz Herr werden. Aber ernster noch ist die Frage, ob wir nicht überhaupt am Ende unserer Kultur angelangt sind. Es ist leicht, zwischen unserer Zeit und der des untergehenden Römerreichs gewisse Analogien aufzudecken. Die Einheitlichkeit der religiösen Weltanschauung ist zerbrochen. Das Christentum hat heute ähnlich wie damals das Heidentum seinen Einfluß auf die Bevölkerung der Städte fast ganz verloren; ob es sich neu beleben und weiterhin die Grundlage unseres geistigen und sittlichen Lebens sein kann, muß einstweilen dahingestellt bleiben. Mit der Möglichkeit einer physischen Erschöpfung unserer Rasse müssen wir nach den verheerenden Folgen des Hungerkriegs immerhin rechnen, so daß etwa die Slaven uns ablösen würden, wie einst die Germanen der Römerherrschaft ein Ende gemacht haben. Und wer solchen Analogien weiter nachgehen will, mag in dem vom Osten kommenden Bolschewismus einen erneuten Sklavenaufstand des Juden uns in der Moral erblicken.

Aber mit derartigen Zweifeln geben wir uns selbst auf, darum dürfen und wollen wir sie nicht aufkommen lassen. Auch dem heutigen Geschlecht ruft Fichte zu: Es hängt von euch ab, ob ihr das Ende sein wollt und die letzten eines nichtachtungswürdigen und bei der Nachwelt gewiß sogar über die Gebühr verachteten Geschlechts . . . oder ob ihr der Anfang sein wollt und der Entwicklungspunkt einer neuen, über alle Vorstellungen herrlichen Zeit.

Der Historiker, der neue Wege in eine unbekannte Zukunft bahnen will, sucht naturgemäß zunächst nach geschichtlichen Vorbildern. Sie helfen ihm freilich nicht viel, weder die Entwicklung Frankreichs nach 1871, noch die deutsche Erhebung nach 1807, noch auch der Verlauf der deutschen Revolution von 1848. Auch die Zustände Deutschlands nach dem westfälischen Frieden, an die nur zu vieles heute erinnert, weichen in so vielen wesentlichen Punkten von unsern heutigen Verhältnissen ab, daß wir nicht viel aus ihnen für die Gegenwart lernen können. Und selbst wenn das anders wäre, so würde doch auch für uns der Satz Hegels gelten, daß Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus denselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben.

Über unsere unmittelbare Vergangenheit aber müssen wir uns klar sein, bevor wir Zukunftspläne machen können; wir müssen die Wege und Irrwege kennen, auf denen wir bis heute gegangen sind, damit wir die richtige Bahn einschlagen können. Das soll nicht heißen, daß ich mich an der Suche nach den Schuldigen beteiligen möchte, deren unwürdige Gehässigkeit nur zu sehr an den Ruf nach dem Verräter erinnert, den die Franzosen nach 1870 ausgepfanzen haben. Auch von den Schmähreden auf unsere Vergangenheit, mit denen jetzt ebenso wie nach 1806 viele Deutsche das eigene Nest besudeln, müssen wir uns fernhalten; denn sie schaden uns für den Augenblick und entwürdigen uns für die Dauer. Aber eine historische Betrachtung der Ursachen unseres Zusammenbruchs brauchen wir, wenn diese Niederlage uns zur Einkehr, zur Selbstprüfung, zur Besserung dienen soll. Mit oberflächlichem Gerede über die innere Haltlosigkeit der bisher herrschenden Schichten und dergleichen ist uns nicht geholfen. Denn vor blinder Anerkennung aller Tatsachen, vor nackter Bewunderung jedes Erfolgs müssen wir uns hüten. Der Satz: *victrix causa diis placuit, sed victi Catoni*, behält auch für uns sein Recht. Wie die günstigen Ziffern des wirtschaftlichen Aufschwungs von 1871 bis 1914 kein festeres Zeichen nationaler Gesundheit gewesen sind, so kann auch unsere Niederlage nichts über den sittlichen Wert dessen, was wir bis 1918 erstrebt

haben, oder gar über die bessere sittliche Berechtigung der englisch-französischen Politik aussagen. Die historische Objektivität, die in allem, was geschieht, die Vernunft des Geschehens erblickt und alles zu rechtfertigen unternimmt, darf nicht zur Charakterlosigkeit und ebenso wenig zur politischen Willensschwäche führen. Wohl aber brauchen wir die Geschichte zur politischen Belehrung und Vertiefung, wie der Arzt seine Diagnose und vor allem seine Therapie nicht allein auf den augenblicklichen Befund, sondern auch auf die Vorgeschichte der Krankheit gründet.

Denn an die Heilbarkeit unserer Leiden glaube ich. Ein Volk, das vor 1914 eine so erstaunliche Leistungsfähigkeit, auf Ordnung und Fleiß aufgebaut, gezeigt hat, das sich in den unvergesslichen Augusttagen 1914 wie ein Mann zur Verteidigung seines Daseins erhob, das während des Krieges so Großes vollbracht und so Schweres ertragen hat wie das deutsche, ein solches Volk kann nicht in seinem Kern faul sein. Es gilt also zu erklären, warum die Begeisterung des August 1914 sich nicht in zähe Energie umzusetzen hat, sondern wie ein Rausch verflogen ist, an den sich viele nur mit müßtem Stel erinnern mögen.

Die Erklärung möchte ich darin sehen, daß wir bisher zu sehr in den Tag hineingelebt, zu wenig an unsere Pflichten gegenüber den kommenden Generationen gedacht haben. Ich kann das hier nicht ausführlich nachweisen, ich müßte die ganze deutsche Geschichte seit 1871 oder wenigstens seit 1890 schreiben. Aber die Grundzüge unserer Entwicklung sind klar. Seitdem mit der Reichsgründung dem deutschen Volk die politische Aufgabe, an deren Lösung es sich zwei Menschenalter hindurch abgemüht hatte, erfüllt schien, hat es uns an klaren politischen Zielen, überhaupt an politischem Interesse gefehlt. Voll Stolz darauf, daß wir es so herrlich weit gebracht hatten, voll Vertrauen darauf, daß die Regierung wie bisher so auch künftig die Politik besser besorgen werde, als es dem Volke möglich sei, hat sich die große Mehrzahl des Volkes wirtschaftlichen Aufgaben überlassen und versucht, in kurzer Zeit die Entwicklung nachzuholen, die die politisch mächtigeren Nationen des Westens im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts genommen hatten. Das ist erstaunlich schnell gelungen. In Technik, Industrie und Handel ist großes geleistet worden, auch die Landwirtschaft hat, unter dem Schutze der Zollpolitik des Reichs, die kritische Lage der siebziger Jahre überwunden und dank intensiverem Betrieb ihre Erträge gewaltig gesteigert. Aber diese einseitig wirtschaftliche Einstellung des deutschen Lebens hatte doch auch ihre Schattenseiten. Die rasche Industrialisierung unserer Wirtschaft trieb uns immer mehr über die Grenzen Deutschlands hinaus, wir wuchsen notgedrungen in die Weltpolitik hinein, ohne uns über die Gefahren klar zu werden, die gerade für ein so zentral gelegenes Land wie Deutschland damit verbunden sein mußten. Wohl hat unsere amtliche Politik — und hinter dieser stand in dieser Frage gewiß die überwiegende Mehrheit aller Politiker — unser weltpolitisches Ziel so bescheiden wie möglich zu formulieren versucht. Wir wollten außer unseren wenigen Kolonien gar nichts für uns, bloß Gleichberechtigung mit den anderen Völkern, bloß die offene Tür in den Gebieten, die noch nicht unter die europäischen Mächte aufgeteilt waren. Aber diese Zurückhaltung hat uns nichts geholfen. Wir galten als die Störenfriede, die überall dabei sein und Geld verdienen wollten, die nur nehmen wollten, aber keine Kultur zu geben hätten, und wenn auch diese Vorwürfe gewiß übertrieben und ungerecht sind — von der Kriegsliteratur des Auslands ganz zu schweigen — so dürfen wir doch nicht achtlos an ihnen vorüber gehen. Wir können daraus lernen, wie unser Wesen auf

die andern wirkt. Und ein berechtigter Kern steckt doch auch dahinter. An die mühevollen Arbeit der Kolonisation haben wir uns nur langsam herangemacht; wir wollten lieber durch die bereits von andern geöffneten Türen als Konkurrenten eintreten. Und in dem bescheidenen Verzicht auf Vorrechte lag zugleich der überhebliche Glaube an die Überlegenheit unseres Könnens, das sich unter den gleichen Bedingungen gegen alle Mitbewerber durchsetzen werde. Die Einsicht, daß sich aus dem Wettbewerb an den offenen Türen Interessengegensätze herausbilden würden, die eines Tages zur Auseinandersetzung mit Blut und Eisen führen mußten, hat uns gefehlt. Nicht diejenigen, die den Krieg haben kommen sehen, sondern diejenigen, die stolz auf augenblickliche Erfolge die Gefahren des kommenden Tages nicht gewürdigt haben, tragen die Hauptschuld am Weltkrieg. Über den Drang nach Erwerb haben wir es unterlassen uns historisch-politisch zu bilden, aus der Geschichte zu lernen. Wir Historiker sind viel zu sehr rückwärts gewandte Propheten gewesen und haben es versäumt, die Blicke rechtzeitig vorwärts zu wenden, aus der Geschichte die Aufgaben herauszuarbeiten, die unserm Volk in der Welt gestellt waren. Denn wie der einzelne Mensch so braucht auch ein ganzes Volk eine positive Lebensaufgabe, an die es seine Kraft mit Bewußtsein setzen kann und mag, der zuliebe es auch Mühen und Entbehrungen, Kampf und Not auf sich nimmt.

Auch die innere Politik hat unter dem Mangel einer über den Alltag hinaushebenden, in die Zukunft weisenden großen politischen Aufgabe schwer gelitten. Wir hafteten am Äußerlichen, am Gegenwärtigen, freuten uns über die Ruhe und Ordnung, die im Lande herrschte, über die günstigen Ziffern unserer wirtschaftlichen Entwicklung und übersahen dabei vollkommen die Wucht der Tatsache, daß bei jeder Reichstagswahl etwa ein Drittel aller Wähler sich als Gegner des Staates bekundete. Unsere lediglich auf den Erwerb eingestellte Betrachtung rächte sich zwiefach. Der Staat wurde in die wirtschaftlichen Kämpfe hineingezogen, die Unzufriedenheit mit der geltenden Wirtschaftsordnung richtete sich darum unmittelbar gegen den Staat, die politische Idee ver schwand vor der wirtschaftlichen Begehrlichkeit. Der natürliche Unterschied der sozialen Klassen wurde zum schroffen Gegensatz der Klassen, und das Gefühl der über alle Geldinteressen erhabenen Volksgemeinschaft verflüchtigte sich. Wir haben überhaupt nicht erkannt, daß wir die 1871 erst äußerlich verwirklichte Einheit zu einem geistigen Besitz noch zu machen hatten. Wesen und Ergebnis dieser Politik hat Goethe treffend gezeichnet:

Man freut sich, daß das Volk sich mehrt,
nach seiner Art behäglich nährt,
sogar sich bildet, sich belehrt,
und man erzieht sich nur Rebellen.

Diese Vernachlässigung der bewußten Pflege des nationalen Gedankens nannten wir stolz Realpolitik. Wir glaubten damit, in Bismarcks Wegen zu wandeln. Aber wahrhafte Realpolitik bedeutet nicht ideenlose Politik, sondern illusionslose Politik. In seiner von unsern Politikern leider viel zu wenig beachteten „Politischen Geographie“ sagt Nagel sehr mit Recht: „Die Politik, die dem wachsenden Volke den unentbehrlichen Boden für die Zukunft sichert, weil sie die ferneren Ziele erkennt, denen der Staat zustrebt, ist eine echtere Realpolitik als die, die sich diesen Namen beilegt, weil sie nur das Greifbare vom Tag und für den Tag leistet.“

Ein leitender Gedanke hat unserer Politik im Innern wie nach außen hin gefehlt. Daß wir niemals ein klares Kriegsziel hatten, ist nur die Folge unserer ideenlosen Friedenspolitik, und darum hat unser Volk die furchtbare

Kraftprobe dieses Krieges nicht ausgehalten, es hat gewiß großes geleistet, das Heer vor allem, aber auch Wissenschaft und Technik, Landwirtschaft und Industrie. Aber der große Gedanke, der der ganzen Kraft des Volkes Richtung und Ziel gegeben hätte, der uns in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft über die Sorgen und Kümmernisse der Gegenwart hinausgehoben hätte, der hat uns gefehlt. So haben die Völker von älterer und stärkerer Geschlossenheit, von klareren politischen Zielen uns trotz unserer beispiellosen militärischen Erfolge doch überwinden können.

Gewiß trifft an unserm Zusammenbruch das alte System ein voll gerüttelt Maß an Schuld. Es trägt die volle Verantwortung für die Unterlassungen unserer Politik, denn es fühlte sich stark genug, die Dinge allein zu machen, lehnte jede Kritik, ja selbst jede Unterstützung durch die Regierten bewußt ab, hat uns lange Zeit — das ist vor allem Bülow's Fehler — die Lage beschönigt und hat zum Schluß — das ist der durch Bethmann Hollweg's Betrachtungen zum Weltkrieg erneut erweckte Eindruck, den die deutsche Politik vor dem Weltkrieg machte — sich resigniert in den Weltkrieg hineintreiben lassen.

Aber das alles entlastet unser Volk nicht. Es wäre ein gefährlicher Irrtum zu wähnen, daß das Volk und seine Vertreter die Dinge nun ohne weiteres besser machen werden. Auch wir haben unendlich viel Versäumnisse gut zu machen, müssen versuchen, daraus für die Zukunft zu lernen. An der rechten Kritik unserer Politik haben wir es vor dem Kriege — die Kriegszeit mit der Zensur scheidet natürlich aus — fehlen lassen. Die große Masse war zufrieden, wenn sie sich um Politik nicht zu kümmern brauchte, ärgerte sich, wenn die Steuern erhöht wurden, und ersah gelegentlich erstaunt und entrüstet, wie gefährlich die Krisis gewesen war, durch die Deutschland hindurchgegangen war.

Wohl haben wir auch eine patriotisch besorgte Kritik gehabt. Die Alldeutschen und der Wehrverein haben die politischen Gefahren erkannt. Aber sie haben doch zu sehr unter dem Eindruck der Bismarckschen Erfolge gestanden, die Schwierigkeiten unserer Lage unter-, unsere Kräfte aber überschätzt. Vor allem: sie haben den Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik verkannt: Weltpolitik läßt sich nur treiben, wenn das Bewußtsein der Nation dahinter steht. Unsere Arbeiterschaft war für diese Politik nur zu gewinnen, wenn wir unser Staatswesen im Innern freier ausgestalteten. Es handelt sich hier nicht um parteipolitische Streitigkeiten, nicht um Einzelfragen wie etwa die preußische Wahlreform. Aber die Tatsache scheint mir klar zu sein, daß auch die Alldeutschen und die ihnen nahe stehenden Kreise die Notwendigkeit einer Politik auf lange Sicht hinaus und einer sorgfältigen innerpolitischen Grundlegung dieser Politik verkannt haben.

Genau den entgegengesetzten Fehler hat die pazifistische und sozialdemokratische Opposition gegen unsere Regierung begangen. Sie hat die Frage der inneren Politik mit verbissener Einseitigkeit in den Vordergrund geschoben, als ob das Leben, die Behauptung der Existenz gegenüber feindlichen und konkurrierenden Mächten, nicht immer die erste Voraussetzung einer behaglichen Ausgestaltung des Lebens wäre. Sie hat ferner durch ihre gehässige Kritik am Bestehenden im Ausland falsche Vorstellungen von unsern Zuständen und im innern eine gefährliche Gleichgültigkeit gegen unser staatliches Dasein hervorgerufen, ohne daß es gelungen wäre, die Sympathie, die das Ausland dem alten Deutschland angeblich wegen seines Militarismus nicht entgegenbrachte, nun für sich zu erwecken. Das Schicksal dieser internationalen Bestrebungen

beweist am schlagendsten die jedem Kenner der Geschichte freilich längst bekannte Tatsache, daß nicht unser Militarismus, auch nicht unser Sozialismus, sondern schon unser Dasein als Nation dem Auslande unbequem ist.

Ich bin auf die Gründe unseres Zusammenbruchs so ausführlich, wie es der Raum gestattet, aber freilich doch noch zu knapp, um ein abgerundetes Bild zu entwerfen, eingegangen, weil wir daraus für die Zukunft lernen können und lernen müssen, aber noch immer nichts gelernt haben. Auch heute noch lebt das deutsche Volk in den Tag hinein, ohne sich über die ihm gestellten Aufgaben klar zu werden. Daß der Ernst der Lage der großen Masse noch nicht deutlich geworden ist, beweist jeder Blick in den Vergnügungsanzeiger unserer Zeitungen, jeder Gang durch unsere Städte. Das Volk als Ganzes bleibt eben immer Kind und bedarf der Führung, ein demokratisch regiertes erst recht. Dank ihrer energischen, rücksichtslos durchgreifenden Führer haben die Demokraten des Westens während des Krieges mehr Kraft entfaltet als unser monarchischer Staat, dessen Leitern der Mut, die Zivilcourage, um mit Bismarck zu sprechen, gefehlt hat. Aber von Führerbewußtsein, von Führerverantwortlichkeit ist bei unserer heutigen Regierung nichts zu spüren. Ich mag nicht persönlich werden, obwohl die Männer, die sich zur Regierung berufen fühlen, auch mit ihrer Person einzustehen haben für das, was sie tun und nicht tun. Aber man braucht nur die Frage aufzuwerfen, ob wir denn wirklich in Deutschland keine dringlichere Aufgabe haben, als Öl ins Feuer zu gießen und uns über die Vorgänge in der Kriegszeit zu streiten. Regieren heißt leiten, heißt die Ziele aufstellen, nach denen das Volk zu streben hat, daß sie sich in geruhigen Zeiten damit begnügt hat, die Dinge ihren gewohnten Gang gehen zu lassen, statt sie nach einem klar erkannten Ziele zu leiten, ist ihr zum Verhängnis geworden, als die Zeiten kritisch wurden. Ich zweifle nicht daran, daß auch die heutige Regierung über kurz oder lang vom Schicksal ereilt werden wird.

Für die nationale Opposition aber erwächst aus dieser Lage der Dinge die Pflicht, den Weg in eine bessere Zukunft für das deutsche Volk aus eigener Kraft zu bereiten. Sie darf nicht wie bisher dem vergangenen nachtrauern und in der Regierung bloß die Revolution, die Zerstörung des alten uns teuren Deutschland bekämpfen. Sondern sie muß mit den Regierungsparteien und auch mit den Parteien, die weiter links stehen, ringen um die Seele des Volkes, um seine Zukunft. Der Boden, auf dem dieser Kampf geführt werden muß, ist die neue Verfassung. Wir müssen uns entschlossen auf ihn stellen, mag auch vielen der Verzicht auf die Monarchie schwer sein. Die Frage der Staatsform kommt erst in zweiter Linie. Deutschland kann auch als Republik gedeihen, wenn in seinem Volk der rechte Geist lebt. Diesen Geist zu wecken, das ist meiner Ansicht nach die Aufgabe, die uns jetzt gestellt ist. Wir müssen die Jugend gewinnen für eine neue Politik, die wohl die heutigen Grundlagen als gegeben hinnimmt, die Verfassung sowohl wie den Frieden, die aber darüber hinausweist in eine bessere Zukunft, für die zu arbeiten und zu kämpfen des Schweißes der Edlen wert ist.

Ich mute niemandem die Verleugnung seiner Grundsätze zu, indem ich verlange, daß wir die Tatsachen anerkennen, aus dem Geschehenen lernen und den Kampf der Regierung nicht mit Vergleichung von Gegenwart und Vergangenheit, sondern durch Aufstellen eines neuen Zukunftsideals führen. Wir glauben auch jetzt nicht an die einheitliche Menschheit, in der sich alle nationalen Gegensätze auflösen sollen, sondern bleiben der auf Kenntnis der Geschichte aufgebauten und durch die jüngsten Ereignisse erhärteten Überzeugung treu, daß die Menschheit aus einer Vielheit von großen und kleinen, starken und schwachen,

alten und jungen, aufsteigenden und absterbenden Nationen besteht, daß jede Nation, die sich behaupten will, einer gewissen Macht bedarf. Wir halten es nach wie vor für eine Illusion, zu glauben, daß sich ein selbständiges geistiges Leben ohne feste nationale Grundlage dauernd führen lasse. Diese Überzeugung gilt es zu verbreiten; und sie wird sich auch in den bisher alles nationale Denken ablehnenden Stichten verbreiten lassen, je mehr durch die Ausführung der Friedensbedingungen auch unsere unabhängigen Internationalisten, die noch während des Krieges meinten, es sei gleichgültig, ob man für das deutsche oder das englische Kapital arbeite, am eigenen Leibe spüren werden, daß es doch ein Unterschied ist, ob man zu einem starken geachteten oder zu einem schwachen geknechteten Volke gehört. Die zur Wahrung unseres Volkstums unentbehrliche politische Stellung wieder zu erringen, das ist unsere nächstliegende Aufgabe. Der Völkerbundgedanke steht ihr nicht im Wege. Der Gedanke, daß die Welt eine organisierte Gemeinschaft selbständiger Nationen sein soll, liegt uns Deutschen näher als den andern großen Nationen. Wir haben uns nie angewacht, durch eine Monroedoktrin uns einen ganzen Erdteil vorzubehalten, wir haben auch niemals unser Ziel darin gesehen, die ganze Welt unserer politischen und kulturellen Herrschaft zu unterwerfen. Wenn Schiller den Tag des Deutschen pries, wenn Seibel vom deutschen Wesen die Genesung der Welt erwartete, wenn Wildenbruch Deutschland als die Seele der Welt feierte, wenn wir Deutschland, Deutschland über alles singend in den Kampf hinauszogen, so sprach daraus nur der berechnete, jedem Volk unentbehrliche und auch dem unsern wiederzugewinnende Stolz auf die eigene Nation, kein politisches Herrschaftsgelüst. Wir haben es im Gegenteil immer als ein besonderes Kennzeichen der Neuzeit gegenüber dem Altertum und Mittelalter angesehen, daß statt eines einheitlichen Weltreichs eine Vielheit gleichberechtigter Staaten bestand. Und wie aus schweren Kämpfen sich in Europa ein Gleichgewichtssystem der Großmächte herausgebildet hat, so wird sich auch ein Gleichgewichtssystem für die Weltmächte entwickeln; der jetzige Krieg ist wohl nur der erste Akt der Kämpfe um dieses neue Prinzip. Gegen den Völkerbund an sich brauchen wir also uns gar nicht so sehr zu wehren. Den jetzigen freilich müssen wir bekämpfen, weil er allein den Zweck hat uns niederzuhalten. Das Recht zu leben und zu wachsen hat jeder Mensch und jede Nation; und dieses Recht zu verteidigen ist zugleich eine Pflicht, die wir den kommenden Geschlechtern gegenüber haben. Keine Organisation, kein Völkerbund kann uns dieses Recht dauernd nehmen, solange wir selbst die rechte Lebenskraft haben.

Die ganze organische Natur ist grausam und verschwenderisch. Überall herrscht der Kampf ums Dasein, schaffen sich die Organismen Wachstumsraum auf Kosten anderer Organismen. Das Völkerleben zeigt bisher das gleiche Bild. Die Pazifisten wünschen, daß es der menschlichen Vernunft gelingen möchte, diesen Kampf auszuschalten. Ich meine, wir haben es nicht nötig, über die Berechtigung dieses Ideals viel zu streiten. Aber dafür haben wir zu sorgen, daß unsere Politik nicht so geführt wird, als ob dieses Ideal in der realen Welt bereits verwirklicht wäre.

Einer solchen Politik, die das Daseinsrecht unseres Siebzigmillionenvolkes zur Grundlage und die Gleichberechtigung unter den andern Völkern zum Ziel hat, werden sich meiner Ansicht nach auch viele aus den Kreisen anschließen, die schon vor dem Kriege jeder weltpolitischen Betätigung des deutschen Volkes abhold gewesen sind und in dem Ausgang des Krieges eine Bestätigung dieser Meinung sehen. Auf die Gewinnung der Masse kommt es aber jetzt mehr als früher an. Wir brauchen einen Resonanzboden, wenn wir im Ausland gehört

werden wollen. Wir brauchen aber auch ein einheitliches Ziel für den Wiederaufbau unserer ganzen inneren Zustände.

Auf diesem Gebiet harret unser eine Fülle von Aufgaben. Wir müssen vor allem unsern Staat neu gestalten. Die neue Verfassung ist nur die äußere Form; den Inhalt müssen wir ihr erst geben, vor allem müssen wir einen Ausgleich suchen und finden zwischen dem Bestreben der Masse nach Selbstverwaltung durch Leute ihres Standes und dem Bedürfnis des Staates, der Gesamtheit, nach einem sachverständigen Beamtentum. Das Verhältnis des Staates zur Kirche und das Schulwesen müssen neu geregelt werden. Wichtiger und schwieriger aber ist die geistige Neuorientierung, die Auseinanderetzung mit den geistigen Mächten der Vergangenheit. Ob das Christentum noch einmal eine lebendige Macht über die Gemüter der großen Mehrzahl des Volkes gewinnen wird, steht dahin; aber gerade wenn das nicht möglich sein sollte, erwächst uns die Pflicht, das geistige und sittliche Erbe dieses stärksten Kulturfaktors unserer bisherigen Geschichte in die Zukunft hinüberzuretten. Dazu kommen die wirtschaftlichen Probleme. Wir müssen unsere Volkswirtschaft wieder in Gang bringen. Unsere Industrie steht ähnlich wie die Landwirtschaft vor 100 Jahren in der Zeit der Bauernbefreiung vor der Aufgabe, sich eine neue Betriebsverfassung zu geben. Unsere Landwirtschaft bedarf der Pflege nach dem Raubbau der Kriegszeit um so mehr, als sie künftig mehr zu leisten und auch bei der unvermeidlichen Einschränkung unserer Industrie mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen haben wird.

Wenn ich dieses Zukunftsprogramm nicht ausführlich unter Besprechung aller oder wenigstens der wichtigeren Einzelfragen behandle, so leitet mich nicht sowohl die Rücksicht auf den Raum als vielmehr die Überzeugung, daß alle Einzelheiten nebensächlich sind, solange es nicht gelingt, die geistige Verfassung des Volkes von Grund aus zu ändern. Der moralische Zusammenbruch unseres Volkes, wie wir ihn heute in dem schamlosen Treiben von Kriegs- und Revolutionsgewinnlern, in allgemeiner Arbeitsunlust und Vergnügungssucht schauernd erleben, ist nicht bloß die Folge von Krieg und Revolution, nicht bloß der Rückschlag nach den Entbehrungen und Sorgen der Kriegszeit, sondern Folge und Ausartung des materialistischen Geistes, der schon in den Friedensjahren geherrscht hat, des ungehemmten Strebens nach Erwerb und materiellem Genuß.

Daß diese Gestimmung uns ins Verderben bringen muß und daß es erst besser werden kann, wenn sie überwunden sein wird, das geben auch die Sozialdemokraten in führenden Stellungen zu. Nur wissen sie kein Mittel, um dieser Zügellosigkeit Herr zu werden. Mit moralischen Reden und Ermahnungen ist nichts zu erreichen, und staatlicher Zwang könnte selbst dann nichts helfen, wenn sich die heutigen Machthaber entschließen könnten, ihn anzuwenden. Der Taumel muß austoben, bis die Menschen, die von ihm ergriffen sind, seiner überdrüssig werden und die innere Hohlheit und Leere eines bloß auf Geld und Genuß gerichteten Lebens selbst empfinden. All denen aber, die zu dieser Einsicht kommen werden und besonders allen denen, die noch nicht von diesem Taumel ergriffen sind, unserer gesamten Jugend müssen wir etwas Positives bieten, wenn wir sie für die Mitarbeit an Deutschlands Erneuerung gewinnen, wenn wir sie nicht in Verzweiflung stürzen wollen. Der alte fromme Glaube, daß das Leben auf Erden nur die Vorbereitung eines besseren Lebens im Jenseits sei, ist unserem Volke verloren gegangen. Wir müssen seinem Leben ein neues überpersönliches Ziel geben, wenn wir die sozialistische Gestimmung, die nur die nie ganz zu stillende Begehrlichkeit kennt, überwinden wollen. Und

dieses überpersönliche Ziel ist die nationale Gemeinschaft, in die jeder hereingeboren wird und mit der man durch Kinder und Kindeskinde ebenso wie durch die Vorfahren über die kurze Spanne des Lebens verknüpft ist. Wie diese Gemeinschaft einen jeden von der Geburt bis zum Tod umgibt und schützt, so gewährt sie nicht nur, was heute ausschließlich betont wird, Rechte, sondern sie hat auch Rechte, und der einzelne hat auch die Pflicht, für die Gemeinschaft zu arbeiten. In diesem Gedanken der Pflichterfüllung gegenüber der Nation klingen innere und äußere Politik zusammen.

Daß es schwierig sein wird, diesen Ideen bei der teils stark verhetzten, teils gleichgültigen Masse der Bevölkerung Eingang zu verschaffen, verkenne ich nicht. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß wir den einen ein Argernis und den andern eine Torheit sein werden und daß es Mühe und Zeit kosten wird, bis wir von einer sittlichen Erneuerung unseres Volkes sprechen können. Aber die Zeit haben wir. Denn so wenig wir die äußeren Folgen des Krieges von heute auf morgen überwinden werden, ebenso wenig wird das mit den inneren Folgen gelingen und vor der Mühe dürfen wir nicht zurückschrecken. Wenn wir unserem Volk wieder Ehrfurcht von stiller ernster entsagenden Arbeit beibringen wollen, müssen wir selbst darin vorangehen, zu arbeiten ohne auf den äußeren Erfolg zu sehen, zu säen, ohne gleich ernten zu wollen, müssen wir selbst zeigen, wie wir den Dienst für die Gemeinschaft verstehen. Nichts wäre falscher, als wenn wir unsere Aufgabe darin sehen wollten, nur der Arbeiterschaft die Notwendigkeit ernster Arbeit zu predigen. Wir alle tragen — das war der Sinn meiner geschichtlichen Betrachtung — Schuld am Zusammenbruch, wir alle haben die Pflicht, in uns zu gehen, zu lernen und zu arbeiten. Nur wenn wir Gebildeten unsere Pflicht erfüllen, wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen, statt abzuwarten, bis die Arbeiterschaft zur Vernunft gekommen sein wird, nur dann werden wir von dieser Pflichterfüllung verlangen und erlangen können. An der Fähigkeit unseres Volkes zu moralischer Erhebung brauchen wir nicht zu verzweifeln. Wer Soldat gewesen ist, der weiß, daß der sogenannte gemeine Mann, richtig angefaßt, zu großen Leistungen zu bringen ist. Und selbst wenn das heutige revolutionäre Geschlecht für nichts mehr zu brauchen wäre, dann wollen wir auf die Jugend hoffen. Die Geschichte rechnet nicht nach Jahren, sondern nach Generationen. Aber die Jugend gewinnen wir nur, wenn wir nicht Abgelebtem tatenlos nachtrauern, sondern neuen Zukunftszielen entschlossen nachstreben.



Der Zins als Kriegsursache

Von P. Koch, Geh. Admiraltätsrat a. D.



Deutschlands Bücherschatz ward vor kurzem durch ein ebenso eigenartiges wie wertvolles Werk bereichert, die bei Hauschild in Bremen erschienenen „Briefe“ von Ludwig Roselius. In diesen Briefen vertritt der bremische Großkaufmann seine politischen Anschauungen, in denen er „den Gegensatz zwischen den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Parteien“ keinesfalls mitmachen will, weil seine Ansichten „von ganz links nach ganz rechts reichen“ und stellt Grundlinien für den Neubau auf, die, auch wenn man ihm nicht überall zustimmt, doch im höchsten Grade Beachtung verdienen.